

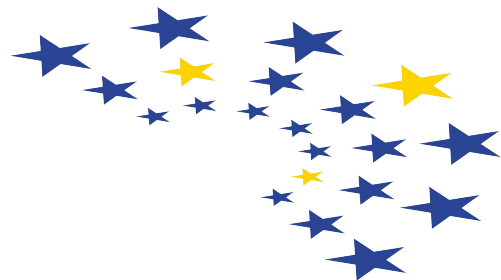
# **EUROPAFORUM INTERRAIL IN AUGSBURG 08. - 09. APRIL 2024**

**RESOLUTIONSHEFT**

**FÜR DIE PARLAMENTARISCHE VOLLVERSAMMLUNG**



**EUROPAFORUM  
INTERRAIL**



**EUROPEAN YOUTH PARLIAMENT  
DEUTSCHLAND GERMANY**



## Resolution des Ausschusses für konstitutionelle Angelegenheiten (AFCO)

***Diesmal wähle ich?*** – Bei den letzten Europawahlen lag die Wahlbeteiligung der 18-29-Jährigen weiterhin 15 % unter der Bundestagswahl. Schon zuvor hat die EU mit Initiativen wie der „Diesmal wähle ich“-Kampagne versucht, die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Doch reichen solche Maßnahmen aus? Wie kann die EU mehr junge Menschen für die nächsten Europawahlen im Frühling 2024 interessieren und in die Wahllokale bringen?

Vorgelegt von: Sila Melisa Altunkaymak (BA10A), Milena Badasjan (BA10A), Jayson Ergün (SP10B), Albert Ghazaryan (SP10B), Tim Hommelsheim (BA10A), Stephanie Kleinsteuber (SP10B), Maximo Monfè (BA10A), Mansoor Noori (SP10B), Leonie Obermeyer (BA10A), Davide Oliveri (SP10B), Albulena Preniqi (SP10B), Marie Spengler (BA10A), Helen Manhart (Ausschussmoderatorin).

### Wir stellen fest:

- A. Wir nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, dass die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl bei nur 51%<sup>1</sup> lag.
- B. Wir bemerken, dass die Europa-Wahl in der Bevölkerung im Vergleich zu nationalen Wahlen als weniger relevant und nebensächlich angesehen wird und das Gefühl besteht, dass die eigene Stimme kaum einen Einfluss hat.<sup>2</sup>
- C. Zutiefst beunruhigt stellen wir fest, dass es sich für Jugendliche aufgrund von fehlendem Identifikationspotenzial mit den Themenkomplexen im EU-Parlament als schwierig erweist, Interesse und ein Gefühl des Vertretenseins zu entwickeln.
- D. Wir stellen fest, dass Jugendliche innerhalb des Europäischen Parlaments nur selten von Gleichaltrigen repräsentiert werden.
- E. Die Mehrheit der Jugendlichen hat im Alltag kaum merkliche Berührungspunkte mit der Politik der EU.<sup>3</sup>
- F. Besorgt stellen wir fest, dass es an Schulen an Bildungsangeboten zu den Aufgaben der Europäischen Union und den Europawahlen mangelt.
- G. Enttäuscht bemerken wir, dass bisherige Kampagnen zur Wahlmotivation der Jugendlichen die Zielgruppe verfehlen und nicht erreichen.

### Wir fordern:

1. Wir fordern das Europäische Parlament dazu auf, die Einführung einer „Jugendlichen-Quote“ anzustoßen und den Austausch über die Umsetzung dazu zu fördern.

---

<sup>1</sup> siehe [Europäisches Parlament, <https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de/wahlbeteiligung/>]

<sup>2</sup> siehe [Bundeszentrale für politische Bildung, <https://rb.gy/ls3c9u>]

<sup>3</sup> siehe [Statista, <https://de.statista.com/infografik/9269/einstellung-junger-europaeer-zur-eu/>]



2. Wir halten die Kultusministerien der Mitgliedstaaten dazu an, die Bildungsangebote zu Institutionen der EU und zur Sinnhaftigkeit von Wahlen in Schulen zu verbessern.
3. Wir ermutigen die Mitgliedstaaten dazu, spezifische Projekte für und mit Jugendlichen zur Veranschaulichung der europäischen Institutionen und Wichtigkeit von Wahlen zu gestalten und umzusetzen.
4. Wir bestärken das Europäische Parlament darin, ein Konzept für Besuche des Europäischen Parlaments in Luxemburg, Brüssel und Straßburg explizit für Schulklassen und Jugendgruppen zu entwickeln.
5. Wir empfehlen der Europäischen Union eine größere Medienpräsenz aufzubauen, die Content zu
  - a. europäischen Institutionen und deren Aufgabenbereichen,
  - b. Mitgliedern des Parlaments,
  - c. EU relevanten Themen der Jugend veröffentlicht.
6. Wir ermutigen die Medienpräsenz der Europäischen Union, interaktive Teilnahmemöglichkeiten, wie Umfragen zu adaptieren.



## Resolution des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten und Justiz (LIBE)

**Rechtsruck im Kinderzimmer:** *Rechtsradikale wissen das Internet für sich zu nutzen und ihre Parolen finden häufig Anklang bei Jugendlichen. Obwohl soziale Medien wie Instagram, TikTok oder Facebook eine Fülle an Informationen bieten, finden sich viele Menschen online in begrenzten Filterblasen wieder. Wie Fallbeispiele aus der gesamten EU zeigen, tragen solche Dynamiken in gravierenden Fällen zu Gewaltakten oder Terroranschlägen bei. Welche Maßnahmen sollte die EU ergreifen, um gegen rechte Radikalisierung von Jugendlichen im Internet vorzugehen, ohne die Freiheit im Internet einzuschränken?*

Vorgelegt von: Ahed Abd Alghari (BA10A), Leon Akhtar (BA10A), Selina Esiyok (SP10B), Jonas Höppner (BA10A), Halwin Katscho (BA10A), Ilja Niedental (BA10A), Maksud Ragimov (SP10B), Diana Rödiger (SP10B), Burak Varmaz (SP10B), David Weber (SP10B), Marc Fabian Ziegler (SP10B), Florian Mändl (Ausschussmoderator)

### Wir stellen fest:

- A. Filterbubbles<sup>1</sup> schränken die Auseinandersetzung mit anderen Meinungen teils stark ein und fördern Radikalisierung und Polarisierung<sup>2</sup> durch übermäßige Bestätigung der eigenen Meinung.
- B. Filtermechanismen spielen radikalen Gruppierungen in die Hände, da ihre Ansichten für Nutzer\*innen, die in einer entsprechenden Meinungsblase gelandet sind, dadurch scheinbar normalisiert werden und ihre Verbreitung beschleunigt wird.
- C. Kriminelle und anstößige Inhalte sind im Internet wegen fehlender Schutzmechanismen und Sperrungen von Inhalten für Kinder und Jugendliche leicht zugänglich.
- D. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind über
  - a. Rechtsextremismus,
  - b. Radikalismus,
  - c. Filterbubbles und Mechanismen des Internets und Sozialen Medien,
  - d. den Umgang und die Folgen ihres Handelns im Netz, nicht ausreichend aufgeklärt.
- E. In den Sozialen Netzwerken werden Hassrede sowie extremistische, rassistische und diskriminierende Inhalte jeder Art verbreitet.
- F. Nachträglich bearbeitete Bilder und Videos tragen zu einer negativen Beeinflussung von Meinungen und Einstellungen bei.

---

<sup>1</sup> **Filterbubbles** liegen vor, wenn im Internet (v.a. in Sozialen Medien) Nutzer\*innen nur noch in der eigenen Meinung bestätigt wird und eine kontroverse Debatte oder Konfrontation mit anderen Meinungen ausbleibt. Ursache hierfür sind Algorithmen, die vorgeschlagene Beiträge nur noch nach den vermeintlichen Interessen des Users filtern.

<sup>2</sup> **Polarisierung** meint die so starke Festigung in der eigenen Meinung, dass keine Akzeptanz anderer Positionen mehr gegeben ist und infolgedessen in Diskussionen kaum mehr Kompromisse gefunden werden können.



- G. Es findet durch extremistische Akteure oftmals eine gezielte Diskriminierung vulnerabler Gruppen über gezielte Hassbotschaften und Hetze.
- H. In Sozialen Medien kann verstärkt Mobbing beobachtet werden<sup>3</sup>.

### Wir fordern:

1. Die Europäische Kommission soll ein Gesetz initiieren, das Internetgiganten im monatlichen Rhythmus durch Datenlöschung zur Auflösung der Filterbubbles verpflichtet.
2. Die Europäische Kommission soll des Weiteren ein Gesetz initiieren, das den Einbau fester Kontrollmechanismen in Algorithmen bezüglich extremer und illegaler Inhalte im verhältnismäßigen Maße vorschreibt.
3. Die Europäische Kommission soll die Bildungsarbeit von Organisationen wie medienblau<sup>4</sup> fördern, damit im Abstand von drei Jahren in der 5. und 8. Klassenstufe über
  - a. Hass und Mobbing,
  - b. gefährliche Aktivitäten,
  - c. Filterbubbles und -mechanismen im Netz aufgeklärt werden kann.
4. Das Europäische Parlament soll Erziehungsberechtigten die Nutzung von Kindersicherungs-Apps zur Überwachung der Internetaktivitäten und Einschränkung von App-Downloads empfehlen.
5. Das Europäische Parlament soll Anreize für Internetkonzerne schaffen, zusätzlich, unter anderem KI-gestützte Gegenmaßnahmen wie:
  - a. Eine effektivere Sperrung von Accounts,
  - b. Die Löschung von beleidigenden sowie extremistischen Kommentaren
  - c. Ein direktes Eingehen auf gemeldete Beiträgezur Einschränkung von Hass und Hetze implementieren.
6. Die Europäische Kommission soll eine Erhöhung von Geldstrafen auf Cybermobbing durch die Mitgliedstaaten unterstützen.
7. Das Europäische Parlament soll außerdem Anreize für Internetkonzerne schaffen, Content-Manager bezüglich diskriminierenden und extremistischen Verhaltens auszubilden, um eine Überwachung mit Blick auf diese Themen gewährleisten zu können.
8. Das Europäische Parlament soll weiterhin Internetkonzerne verpflichten, Content-Manager
  - a. bezüglich diskriminierendem und extremistischem Verhalten auszubilden,
  - b. eine bessere Überwachung etwaiger Themen durch diese zu gewährleisten,
  - c. dazu zu ermächtigen, gegen Netzwerke und Gruppen, die gegen entsprechende Verhaltensregelungen verstoßen, Chatsperren zu verhängen.
9. Die Europäische Kommission soll Netzwerke und Saferooms, ähnlich der Antidiskriminierungsstelle fördern, damit Opfer von Diskriminierung unterstützt werden können und eine adequate Bearbeitung und Verfolgung stattfinden können.

---

<sup>3</sup> siehe [Die Zeit, <https://www.zeit.de/gesellschaft/2024-01/studie-mobbing-internet-jugendliche>]

<sup>4</sup> **medienblau** ist eine Bildungsorganisation zur Förderung von Medienkompetenzen bei Kindern und Jugendlichen in schulischen Einrichtungen. - <https://www.medienblau.de/>



## Resolution des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI)

**Hitzewellen, Hochwasser und Hagelstürme:** Im letzten Jahr kam es europaweit vermehrt zu Extremwetterereignissen wie beispielsweise der Flut im Ahrtal, verheerenden Bränden auf Zypern und Temperaturen von 49°C in Rom. Es ist anzunehmen, dass solche Ereignisse durch den Klimawandel in Zukunft häufiger werden. Wie kann die EU ihre Bürger\*innen vor den Folgen von Extremwetter schützen?

Vorgelegt von: Enver Arifi (BA10A), Oktay Budak (SP10B), Daniel Chyorny (BA10A), Celine Götsch (BA10A), Lena Inic (BA10A), Tim Knoll (BA10A), Jennifer Lechner (SP10B), Can Ortaköy (SP10B), Niklas Schmaus (SP10B), Dennis Sedlmeier (SP10B), Justus Wüstemann (BA10A), Florian Dyduch (Ausschussmoderator)

### Wir stellen fest:

- A. Durch die Veränderung des globalen Klimas steigen die globalen Temperaturen und die Wahrscheinlichkeit für Extremwetterereignisse an.
- B. Hitzewellen in Europa bedingen Gesundheitsrisiken, geringere Produktivität am Arbeitsplatz sowie die Verbreitung neuer Krankheiten, unter anderem durch das Trinkwasser<sup>1</sup>.
- C. Dürren und damit einhergehender Wassermangel sind mittelfristig nicht mehr vermeidbar.
- D. Vermehrter Starkregen und der Anstieg des Meeresspiegels führen in Zukunft zu Überschwemmungen, Schäden an Gebäuden sowie Überlastungen der Kanalsysteme.<sup>234</sup>
- E. Die Schäden durch Extremwetter werden eine große finanzielle Belastung für die Mitgliedstaaten der EU darstellen.
- F. Die Infrastruktur zum Schutz der Bevölkerung vor Extremwetter ist innerhalb der EU nicht gleichmäßig und ausreichend ausgebaut.<sup>5</sup>

### Wir fordern:

1. Die Europäische Kommission ist dazu angehalten, Mitgliedstaaten finanziell bei der Einrichtung sogenannter Kälteinseln an öffentlichen Orten zu unterstützen, die über Wasserspender verfügen und Schatten spenden.

---

<sup>1</sup> siehe [Europäische Kommission, <https://kurzelinks.de/w7hl>]

<sup>2</sup> siehe [RedaktionsNetzwerkDeutschland, <https://kurzelinks.de/zagf>]

<sup>3</sup> siehe [Deutscher Wetterdienst, <https://kurzelinks.de/wsal>]

<sup>4</sup> siehe [Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, <https://kurzelinks.de/ux35>]

<sup>5</sup> siehe [Europäische Kommission, <https://kurzelinks.de/w7hl>]



2. Die Europäische Kommission soll das Recht auf Trinkwasser und Abkühlungsmöglichkeiten in die europäischen Richtlinien zum Gesundheitsschutz bei der Arbeit aufnehmen.
3. Die Europäische Kommission wird dazu gedrängt, den Bau von Wasseraufbereitungsanlagen zur Entsalzung von Meerwasser und zur Reinigung von Keimen subventionieren.
4. Die Mitgliedstaaten sollen zur sparsamen Wasserverwendung bei drohenden Dürren motiviert werden.
5. Die Mitgliedstaaten sollen zur Installation von Frühwarnsystemen und Erstellung von Notfallplänen zum Hochwasserschutz aufgefordert werden.
6. Die EU soll Hilfspakete für Reparaturmaßnahmen in von Extremwetter betroffenen Gebieten ausbauen und auf Krankenhäuser ausweiten.
7. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) soll Subventionen für Staudämme, Deiche und Erweiterungen der Kanalsysteme zum Hochwasserschutz in wirtschaftlich schwächeren Ländern ausweiten.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> siehe [MDR, <https://kurzelinks.de/qep3>]



## Resolution des Ausschusses für die Rechte der Frauen und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM)

**Automechaniker und Erzieherinnen:** *Frauen sind in vielen naturwissenschaftlichen und technischen Berufen unterrepräsentiert, egal ob Ausbildungsberufe oder akademische Disziplinen. Gleichzeitig sind viele der vergleichsweise oft schlechter bezahlten sozialen und verwaltenden Ausbildungsberufe von Frauen dominiert. Wie kann die EU sicherstellen, dass alle Arbeitnehmer\*innen die gleichen Chancen haben, auch in für ihr Geschlecht atypischen Berufen?*

Vorgelegt von: André Asam (BA10A), Maximilian Becker (BA10A), Niklas Janke (BA10A), Sahra Kaplan (SP10B), Müberra Kaya (SP10B), Ellis Johnson (SP10B), Baran Ögreten (SP10B), Amelie Schumacher (BA10A), Jana Schuster (SP10B), Sarah Sirch (BA10A), Jessica Will (BA10A), Sophia Pazzini (Ausschussmoderatorin)

### Wir stellen fest:

- A. Die Berufswahl ist stark durch gesellschaftliche Normen und traditionelle Rollenbilder geprägt.<sup>1</sup>
- B. Es herrschen weiterhin konkrete Vorstellungen darüber, welche Berufe von welchen Geschlechtern ausgeübt werden sollten, aufgrund historischer und gesellschaftlicher Normen.
- C. Vorurteile gegenüber bestimmten Berufsfeldern hemmen die freie Berufswahl und verstärken die Wahl geschlechtsstereotyper Berufe.
- D. Potenzielle Familienplanung und -zuwächse erschweren besonders Frauen oft den Berufseinstieg, da ihr Lebenslauf lückenhaft ist und sie häufig diejenigen sind, die für Kinderbetreuung zu Hause bleiben.
- E. Ereignisse wie die Corona-Pandemie haben erheblichen Einfluss auf die Anpassungsfähigkeit von Familienstrukturen.
- F. Bildungsinstitutionen bieten geringe Einblicke in für die Geschlechter untypische Berufsfelder.
- G. Schüler\*innen fehlt es an Kontaktmöglichkeiten zu geschlechtsuntypischen Berufen; dies fördert die Angst vor Diskriminierungen am Arbeitsplatz.

### Wir fordern:

1. Die Europäische Kommission soll die Erlassung eines Gesetzes herbeiführen, das eine einheitliche Elternzeit für Erziehungsberechtigte regelt.
2. Das Europäische Parlament soll die Mitgliedstaaten dazu bewegen, die Wehrpflicht für alle Geschlechter einzuführen, um Gleichberechtigung und gemeinsame Verantwortung zu fördern.

---

<sup>1</sup> siehe [PsychologyToday, <https://www.psychologytoday.com/us/blog/sound-science-sound-policy/202210/how-gender-stereotypes-influence-career-interests>]





3. Die Europäische Kommission soll auf Tarifierhöhungen für soziale Berufe hin drängen, damit die Notwendigkeit der Berufe herausgestellt und die Beschäftigungsrate innerhalb dieses Berufsfeldes erhöht wird.
4. Die EU soll Anerkennungen für Unternehmen schaffen, die Erziehungsberechtigte unterstützen indem
  - a. sie flexible Arbeitszeiten ermöglichen,
  - b. eine Arbeitswochenstundenreduktion anbieten,
  - c. eine angemessene und faire Vergütung leisten.
5. Das Europäische Parlament soll Anreize für Arbeitgeber\*innen schaffen,
  - a. mehr Home Office-Möglichkeiten für Mitarbeitende zur Verfügung zu stellen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu stärken,
  - b. Kinderbetreuung im eigenen Betrieb zur Verfügung zu stellen,
  - c. bei der Suche nach Kindertagesplätzen zu helfen.
6. Die Kultusministerien der Mitgliedstaaten sollen Lehramtsstudierende, insbesondere im Grundschullehramt, auf geschlechtsspezifische Ungleichheiten sensibilisieren.
7. Das Europäische Parlament soll die Bildungsministerien der Mitgliedstaaten anhalten, berufsbildende Module in Schulen einzuführen, um Schüler\*innen mit vielfältigen Berufsbildern vertraut zu machen.
8. Die EU soll Medienunternehmen dazu motivieren, in ihrer Berichterstattung bewusst Männer und Frauen in denselben Berufen darzustellen, um diverse Berufsbilder zu normalisieren.
9. Die EU soll die Spielzeugindustrie und Einzelhändler aufrufen, Kindern die freie Wahl von Spielzeug und Kleidung zu ermöglichen, um stereotype Geschlechterrollen abzubauen.
10. Mitgliedstaaten sind angehalten, lokale Stadtplanungsämter und lokale Regierungsbehörden aufzufordern, geschlechtsspezifische Vergünstigungen abzuschaffen und familien- sowie bedürfnisorientierte Lösungen wie größere Parkplätze für Familien zu schaffen.



# MITMACHEN

Dir hat das Europaforum in Augsburg 2024 gefallen und Du möchtest auch nach der Sitzung beim EYP weitermachen?

Du bist bei uns mehr als willkommen! Hier haben wir Dir eine kleine Übersicht zusammengestellt, wie Du weitermachen kannst.

## In Deutschland

Nationaler Auswahlprozess;  
Europaforen; Trainings;  
Arbeitsgruppen;  
Vereinshangout

## ...und in ganz Europa

(auf Englisch)  
Regionale und Nationale  
Sitzungen einzelner Länder;  
Internationale Foren,  
Trainings & Sitzungen

## Positionen (auch ohne Vorerfahrung möglich):

Projektmitarbeitende  
Journalisten  
Ausschussmoderation  
Delegierte

Bei Fragen melde dich immer gerne bei [mitmachen@eyp.de](mailto:mitmachen@eyp.de). Wir sind stets bemüht für Dich die ideale Sitzung und Position zu finden. Wir können dich auch zum Mailverteiler des Vereins hinzufügen, so erfährst du immer über alle Neuigkeiten und Ausschreibungen in EYP Deutschland.



E-Mail Vorlage

